



# montags-info



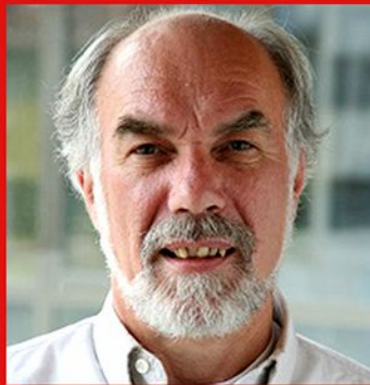
FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

## Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung in den Kliniken – Solidarität mit den Beschäftigten!

von Reinhard Püschel, Platz 4 der Landesliste der DKP in Baden-Württemberg, Stadtrat in Heidenheim.

Deutschlandweit sollen in den Krankenhäusern 162.000 Mitarbeiter fehlen. Auch im Klinikum Heidenheim ist es nicht besser. Laut der Gewerkschaft ver.di fehlen dort 197. Weil das Klinikum finanzielle Probleme hat, sollen jetzt 45 Vollzeitstellen abgebaut werden. Die jetzige Belastung der Beschäftigten ist schon enorm. Nun wird noch mehr Druck und damit noch mehr Arbeitshetze durch extreme Arbeitsverdichtung folgen. Das geht eindeutig auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten wie der Patienten. Wenn sich die Betroffenen Mitarbeiter im Klinikum nun wehren, brauchen sie unsere Hilfe in Form von Solidarität.

Der Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Personal ist ein wichtiger Streit, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Letzten Endes ist er ein Kampf darum, als Mensch behandelt zu werden und auch andere als Menschen zu behandeln. Bund und Länder müssen ihre Verpflichtungen nachkommen



### 4. Reinhard Püschel Heidenheim (Schlosser und Stadtrat)

Ich kandidiere, weil ich mich dafür stark machen will, dass die Städte und Gemeinden mehr Geld von Bund und Land bekommen, um ihre Aufgaben zu bewerkstelligen.

und mehr Gelder in die Krankenhäuser stecken. Gesundheitsversorgung ist an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und die Vorbeugung steht im Mittelpunkt.

Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl. Jetzt können wir noch ein Zeichen setzen: Solidarität mit den Beschäftigten!

aus: Presseerklärung DKP Heidenheim



### Für mehr Rot auf der Straße!

*Spendenaufwurf der DKP für den Bundestagswahlkampf.*

Für uns Kommunisten steht fest: Wir brauchen mehr Rot auf der Straße. Deshalb werden wir im Bundestagswahlkampf über 21.000 Plakate aufhängen. Um das zu ermöglichen, sind wir auf Spenden angewiesen.

**Spenden bitte an:**  
DKP-Parteivorstand | GLS-Bank  
IBAN:  
DE63 4306 0967 4002 4875 01  
Stichwort: Wahlkampf

**Linksunten.indymedia.org**  
**Verbot sofort aufheben.**  
**Gemeinsam gegen die**  
**Demokratiefeinde!**

Presseerklärung der Deutschen  
 Kommunistischen Partei (DKP)

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt das Verbot der Internetseite „linksunten.indymedia.org“. Mit dieser skandalösen Entscheidung hat sich Innenminister Thomas de Maizière (CDU) als wahrer Demokratiefeind geoutet.

Anstatt die, die die Flüchtlingsheime anzünden, zu bestrafen, unterstützt die Bundesregierung die Repressionsmaßnahmen gegen NGOs, die Flüchtlingen helfen. Anstatt die Exporte

deutscher Rüstungsunternehmen zu unterbinden, fördert die Bundesregierung den Verkauf von Waffen in Krisenregionen. Anstatt ein Zeichen gegen die Rechtsentwicklung in unserem Land zu setzen, werden Demokratinnen und Demokraten kriminalisiert und jetzt auch verboten.

Wer heute für eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft eintritt, wird als Staatsfeind gebrandmarkt. Wer heute Hass und Gewalt sät und gegen Menschen anderer Hautfarbe, Weltanschauung, sexueller Orientierung oder Geschlecht hetzt, wird als besorgter Bürger verharmlost.

Das Verbot von „linksunten.indymedia.org“ ist

ein weiterer Schritt der CDU-SPD-Bundesregierung gegen die politische Linke in unserem Land. Gleichzeitig wird der Rechtsruck gefördert und protegiert. Der Vorsitzende der DKP, Patrik Köbele erklärt dazu: „Die Bundesregierung vertritt hier ganz klar die Interessen der Großkonzerne. Es soll in Deutschland ein Klima geschaffen werden, in dem Menschen, die ihre Stimme gegen Bundeswehrauslandseinsätze, Leiharbeit und Rassismus erheben, mundtot gemacht werden sollen. Das können wir uns nicht gefallen lassen. Das Verbot muss sofort aufgehoben werden!“.

Quelle: news.dkp.de



bundestagswahl2017.dkp.de

**...Nichtwählen ist auch keine Lösung!**

**Warum die DKP zur Bundestagswahl kandidiert**

- ... weil immer mehr Menschen in Billig-Jobs und Leiharbeit ausgebeutet werden
- ... weil immer mehr Menschen in die Armut getrieben werden
- ... weil immer mehr Geld in Krieg investiert wird, anstatt in den Bau von Sozialwohnungen, Infrastruktur, Schulen, Kitas und die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge
- ... weil ein paar Superreiche über das Schicksal von Millionen bestimmen
- ... weil mit den NATO-Agressionen und Kriegseinsätzen der Bundeswehr die Gefahr ständig wächst, dass Deutschland zur Zielscheibe von Terror wird
- ... weil die Rente nicht zum Leben reicht
- ... weil Rechtsentwicklung und Nazi-Terror zunehmen
- ... weil Wohnen immer teurer wird und immer mehr Menschen die Miete nicht bezahlen können

So wie es ist, muss es nicht bleiben!

**Wählt DKP!**

1. Frieden  
 2. Arbeit  
 3. Solidarität

**DKP** Kommunistinnen wählen!  
 Deutsche Kommunistische Partei

Zweitstimme DKP

**Frieden Arbeit Solidarität**

Wir Kommunisten kandidieren zu den Bundestagswahlen, um aufzuzeigen: Jeder soziale und demokratische Fortschritt oder auch nur die Verteidigung des Bestehenden kann nur gegen die Superreichen durchgesetzt werden, die über die großen Banken und Konzerne verfügen.

Deshalb: Im September bei den Bundestagswahlen gegen die Reichen, ihre Politiker und ihre Arroganz zu stimmen, kann nur heißen:

**Wählt Kommunisten – wählt DKP!**

**Diskussionsveranstaltung**  
 Samstag, 9. September 2017  
 19.00 Uhr

**WALHALLA**  
 Großer Festsaal  
 Augartenstraße 27  
 Karlsruhe-Südstadt

Musik von der Arbeiterliedergruppe „Rotkrakehchen“

bundestagswahl2017.dkp.de  
 www.unsere-zeit.de  
 www.dkp-karlsruhe.de

Kontakt:  
 dkp.karlsruhe@gmx.de



Michael Matzerath  
 Karlsruhe, Listenplatz 7



Monika Münch-Steinbuch  
 Stuttgart, Listenplatz 3

© S.d.P.: DKP Karlsruhe, Hans-Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal

